

# Kollektives Arbeitsrecht

Richardi / Bayreuther

5. Auflage 2023  
ISBN 978-3-8006-6893-9  
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Kollektives Arbeitsrecht

von

Dr. Reinhard Richardi

em. o. Professor an der Universität Regensburg

und

Dr. Frank Bayreuther

o. Professor an der Universität Passau

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

5. Auflage 2023

Verlag Franz Vahlen

Zitiervorschlag: Richardi/Bayreuther KollArbR

  
beck-shop.de  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

[www.vahlen.de](http://www.vahlen.de)

Print ISBN 978 3 8006 6893 9  
E-Book ISBN 978 3 8006 6894 6

© 2023 Verlag Franz Vahlen GmbH  
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH  
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH  
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Kirrberg

  
vahlen.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Vorwort

Das Lehrbuch bietet einen Leitfaden für das kollektive Arbeitsrecht, das die Arbeitsverfassung in Deutschland prägt. Es regelt die Selbstverwaltung des Arbeitslebens nach dem Prinzip der Gruppenbeteiligung. Die Rechtsinstitute dafür sind die Tarifautonomie, die als kollektiv ausgeübte Privatautonomie die Ordnung der Arbeitsverhältnisse beherrscht, und die durch Gesetz geschaffene Betriebsverfassung und Unternehmensmitbestimmung. Sie stehen funktional in einem engen Zusammenhang.

Das Lehrbuch soll die Struktur des kollektiven Arbeitsrechts veranschaulichen. Rechtsprechung und Literatur werden daher so aufgearbeitet, dass sich Studierende einen sicheren Überblick über Grundlagen und Struktur dieses Rechtsgebiets verschaffen können.

Seit der 2. Auflage ist Frank Bayreuther als Mitautor hinzugekommen. Er hat aus dem von Reinhard Richardi begründeten Lehrbuch die Bearbeitung der §§ 1–11 (Grundlagen, Recht der Koalitionen, Tarifvertragsrecht, Arbeitskampf- und Schlichtungsrecht) übernommen und mit der 5. Auflage auch Aktualisierungen und Überarbeitungen im Betriebsverfassungs- und Mitbestimmungsrecht vorgenommen.

Regensburg und Passau, im September 2022

*Die Verfasser*



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XXV
Literatur .....	XXIX
<b>1. Teil. Grundlagen</b> .....	<b>1</b>
<b>2. Teil. Recht der Koalitionen</b> .....	<b>7</b>
<b>3. Teil. Tarifvertragsrecht</b> .....	<b>37</b>
<b>4. Teil. Arbeitskampf- und Schlichtungsrecht</b> .....	<b>155</b>
<b>5. Teil. Betriebsverfassungsrecht</b> .....	<b>229</b>
1. Kapitel. Grundlagen .....	229
2. Kapitel. Organisation der Betriebsverfassung .....	258
1. Titel. Betriebsrat .....	258
2. Titel. Gesamtbetriebsrat, Konzernbetriebsrat und europäischer Betriebsrat .....	293
3. Titel. Betriebsversammlung und weitere Einrichtungen der Betriebsverfassung .....	299
3. Kapitel. Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Betriebsverfassung .....	313
1. Titel. Grundsätze und Rechtsformen der Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat .....	313
2. Titel. Beteiligung des Betriebsrats in sozialen Angelegenheiten .....	339
3. Titel. Mitbestimmung in personellen Angelegenheiten .....	360
4. Titel. Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten .....	384
<b>6. Teil. Besonderheiten des Personalvertretungsrechts</b> .....	<b>399</b>
<b>7. Teil. Recht der Unternehmensmitbestimmung</b> .....	<b>405</b>
<b>8. Teil. Verfahrensrechtliche Besonderheiten bei einer betriebsverfassungsrechtlichen Streitigkeit</b> .....	<b>425</b>
Sachverzeichnis .....	433



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XXV
Literatur .....	XXIX
<b>1. Teil. Grundlagen</b> .....	<b>1</b>
§ 1. System und historische Entwicklung des kollektiven Arbeitsrechts .....	1
I. Begriff und System des kollektiven Arbeitsrechts .....	1
II. Historische Entwicklung .....	2
1. Anfänge .....	2
2. Arbeitsverfassung der Weimarer Republik .....	4
3. Arbeitsverfassung des Nationalsozialismus .....	5
4. Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg .....	5
<b>2. Teil. Recht der Koalitionen</b> .....	<b>7</b>
§ 2. Grundlagen der Koalitionsfreiheit und der Tarifautonomie .....	7
I. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in der Bundesrepublik Deutschland .....	7
1. Gewerkschaften .....	7
2. Arbeitgeberverbände .....	10
3. Verbände auf europäischer Ebene .....	10
II. Rechtsquellen .....	10
1. Deutsches Verfassungsrecht .....	10
2. Art. 11 EMRK, Art. 28 GRCh .....	11
a) Trias von Art. 9 Abs. 3 GG, Art. 11 EMRK, Art. 28 GRCh .....	11
b) Art. 11 EMRK .....	11
c) Art. 28 GRCh .....	13
d) Trias von Art. 9 Abs. 3 GG, Art. 11 EMRK, Art. 28 GRCh, methodisches Vorgehen .....	15
3. ESC, ILO-Abkommen .....	16
III. Funktionsgehalt der Koalitions- und Tarifautonomie .....	17
IV. Das Koalitionsgrundrecht .....	19
1. Begriffsklärung: Koalition, Arbeitnehmervereinigung und Gewerkschaft .....	19
2. Koalitionseigenschaft .....	20
a) Freiwilliger, privatrechtlicher Zusammenschluss .....	20
b) Demokratische Binnenstruktur .....	20
c) Vereinigungszweck .....	21
d) Gegnerfreiheit, Überbetrieblichkeit, Unabhängigkeit .....	21
e) Streitfragen .....	22
3. Dogmatische Struktur, frühere Kernbereichslehre, Rechtfertigung von Eingriffen .....	22
4. Grundrechtsträger .....	23
a) Doppelgrundrecht .....	23
b) Grundrechtsberechtigter .....	23
c) Drittwirkung .....	25
5. Individuelle Koalitionsfreiheit .....	26

6. Kollektive Koalitionsfreiheit, Bestands- und Betätigungsschutz der Koalitionen	27
a) Bestandsgarantie, insbesondere Werbemaßnahmen, Zutrittsrecht zum Betrieb	27
b) Betätigungsgarantie, vor allem verfassungsrechtliche Gewährleistung des Tarifvertragssystems	30
7. Koalitionsverbandsrecht	33
a) Verbandsorganisationsrecht	33
b) OT-Mitgliedschaft	34
<b>3. Teil. Tarifvertragsrecht</b>	<b>37</b>
§ 3. Tariffähigkeit und Tarifzuständigkeit	37
I. Tariffähigkeit	37
1. Allgemeines	37
2. Tariffähigkeit einer Arbeitnehmerkoalition	37
3. Rechtsfolgen fehlender Tariffähigkeit	39
4. Feststellungsverfahren	40
5. Tariffähigkeit auf Arbeitgeberseite, Innungen, Kammern, Firmen- und Haustarifverträge	40
6. Spitzenorganisationen, Tarifgemeinschaft	41
II. Tarifzuständigkeit	43
§ 4. Der Tarifvertrag	43
I. Abschluss	43
II. Arten von Tarifverträgen	44
III. Geltungsbereich eines Tarifvertrags	45
IV. Beendigung des Tarifvertrags und Abschluss eines neuen Tarifvertrags	46
1. Ablöseprinzip und Vertrauensschutz	46
2. Befristung, Kündigung und Wegfall der Geschäftsgrundlage	47
V. Publikation und Recherche von Tarifverträgen	48
§ 5. Bindung der Tarifvertragsparteien an höherrangiges Recht, Arten von tariflichen Rechtsnormen und schuldrechtliche Abreden zwischen den Tarifvertragsparteien	49
I. Verhältnis des Tarifvertrags zu höherrangigem Recht	49
1. Grundrechtsbindung der Tarifvertragsparteien	49
2. Bindung an das Europäische Recht	52
a) Grundfreiheiten	52
b) Grundrechtscharta und Sekundärrecht, insbesondere: Diskriminierungsrecht und Lohnleichheit von Mann und Frau	53
c) Verrentungsregelungen und andere altersbezogene Regelungen	54
3. Verhältnis zum Gesetz, tarifdispositives Gesetzesrecht	56
II. Tarifnormen	57
1. Inhalts- und Beendigungsnormen	57
2. Abschlussnormen	58
3. Rechtsnormen über betriebliche Fragen (Betriebsnormen)	59
4. Rechtsnormen über betriebsverfassungsrechtliche Fragen (Betriebsverfassungsnormen)	62
5. Rechtsnormen über gemeinsame Einrichtungen	63
III. Schuldrechtlicher Teil des Tarifvertrags	64
§ 6. Geltung und Anwendung der Rechtsnormen des Tarifvertrags	65
I. Geltung des Tarifvertrags nach dem TVG	65
1. Originäre Tarifgeltung	65
2. Fortgeltung (Nachbindung)	66

3. Nachwirkung . . . . .	67
4. Fortgeltung und Nachwirkung in Kombination . . . . .	68
5. Blitzaustritt aus dem Verband und tarifliche »Vorbildung« . . . . .	69
6. Zusammenfassendes Fallbeispiel . . . . .	70
II. Wirkung der Tarifnormen . . . . .	71
1. Unabdingbarkeit der Tarifnormen . . . . .	71
2. Rechtsnormcharakter, Auslegung von Tarifverträgen . . . . .	72
3. Sicherung tariflicher Rechte als Ergänzung der Unabdingbarkeit . . . . .	73
III. Das Günstigkeitsprinzip des § 4 Abs. 3 TVG . . . . .	75
1. Günstigkeitsprinzip, Sachgruppenvergleich, Beschäftigungsgarantie und tarifabweichende Arbeitsbedingungen . . . . .	75
2. Kollektiver Unterlassungsanspruch der Gewerkschaft gegen die Durchführung tarifwidriger Einzelarbeitsverträge . . . . .	78
IV. Tarifvertrag, Günstigkeitsprinzip und übertarifliche Arbeitsbedingungen . . . . .	80
V. Günstigkeitsprinzip im Verhältnis zu anderen Rechtsquellen des Arbeitsrechts? . . . . .	81
VI. Öffnungsklauseln . . . . .	82
VII. Differenzierungsklauseln . . . . .	84
VIII. Tarifkonkurrenz und Tarifpluralität . . . . .	88
1. Tarifkonkurrenz . . . . .	88
a) Anwendungsfälle . . . . .	88
b) Auflösung . . . . .	89
2. Tarifpluralität (Tarifeinheit nach § 4a TVG) . . . . .	89
a) Ausgangslage . . . . .	89
b) Gesetzliche Normierung des Grundsatzes der Tarifeinheit (§ 4a TVG) . . . . .	91
c) Tatbestand und Rechtsfolgen des § 4a TVG . . . . .	92
d) Nachzeichnungsrecht . . . . .	95
e) Bezugnahmeabreden und schuldrechtliche Minderheitstarifverträge . . . . .	95
f) Feststellungsverfahren nach §§ 2a Abs. 1 Nr. 6, 99 ArbGG . . . . .	97
g) Verfassungs- und konventionsrechtliche Implikationen . . . . .	98
h) Ausblick . . . . .	102
§ 7. Das Recht der Bezugnahmeabreden . . . . .	103
I. Allgemeines . . . . .	103
II. Arten von Bezugnahmeabreden . . . . .	104
III. AGB-Kontrolle, Auslegung von Bezugnahmeabreden . . . . .	105
IV. Bezugnahme durch betriebliche Übung . . . . .	107
V. Wirkung von Bezugnahmeabreden, Kollision mit tariflichen Arbeitsbedingungen . . . . .	108
1. Schuldrechtliche Einbeziehung des Tarifinhalts . . . . .	108
2. Konstitutive Wirkung, »Konkurrenz« mit einem normativ geltenden Tarifvertrag . . . . .	109
VI. Gleichstellungsklauseln und unbedingte dynamische Bezugnahmeabreden . . . . .	110
1. Keine automatische Gleichstellungswirkung . . . . .	110
2. Konsequenzen für die Gestaltung des Arbeitsvertrags . . . . .	110
3. Frühere Rechtsprechung des BAG und Vertrauensschutz . . . . .	111
§ 8. Der Tarifvertrag im Betriebsübergang . . . . .	113
I. Allgemeines . . . . .	113
II. »Kollektivrechtliche« Seite . . . . .	114
III. Die Bezugnahme auf den Tarifvertrag im Betriebsübergang . . . . .	116

§ 9. Staatliche Erstreckung von Tarifrecht und Vorgabe von Mindestarbeitsbedingungen auf der Basis von Kollektivvereinbarungen . . . . .	120
I. Staatliche Vorgabe bindender Arbeitsbedingungen . . . . .	120
II. Allgemeinverbindlicherklärung . . . . .	122
1. Allgemeines . . . . .	122
2. Voraussetzungen und Verfahren . . . . .	123
3. Wirkungen der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen . . . . .	125
4. Rechtsschutz . . . . .	126
III. Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG) . . . . .	128
1. Allgemeine Bemerkungen . . . . .	128
2. Voraussetzungen und Erstreckungsverfahren . . . . .	130
3. Rechtsfolgen einer Rechtsverordnung nach § 7 AEntG . . . . .	133
a) Gewährung der vorgeschriebenen Mindestarbeitsbedingungen . . . . .	133
b) Partielle Durchbrechung des Spezialitätsprinzips . . . . .	134
c) Weitere Durchsetzungsinstrumentarien, Sanktionen bei Verstößen . . . . .	135
4. Erstreckung von Mindestarbeitsbedingungen auf ausländische Dienstleistungserbringer . . . . .	137
5. Rechtsschutz . . . . .	139
IV. Mittelbarer »Tarifzwang« und Erstreckung der untersten Lohngruppe eines Tarifvertrags in der Leiharbeit . . . . .	140
1. Mittelbarer »Tarifzwang« durch das equal-pay-Prinzip . . . . .	140
2. Verleihrechtlicher Mindestlohn . . . . .	141
V. Tariftreueverlangen und vergaberechtlicher Mindestlohn . . . . .	143
VI. Verfassungs- und europarechtliche Fragen der staatlichen Erstreckung von Tarifrecht . . . . .	144
1. Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz . . . . .	144
a) Demokratiegebot . . . . .	144
b) Negative Koalitionsfreiheit . . . . .	144
c) Positive Koalitionsfreiheit . . . . .	145
d) Eingriff in die Vertrags- und Berufsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 und Art. 12 GG) . . . . .	146
e) Rechtfertigung und verfassungsgerichtliche Rechtsprechung . . . . .	146
2. Europarechtliche Grenzen der Dritterstreckung von Tarifrecht bzw. der Vorgabe von Mindestarbeitsbedingungen . . . . .	149
a) Dienstleistungsfreiheit (Art. 56 AEUV) und die Entsenderichtlinie des Unionsrechts . . . . .	149
b) Beschränkungsverbot nach Art. 56 AEUV . . . . .	149
<b>4. Teil. Arbeitskampf- und Schlichtungsrecht . . . . .</b>	<b>155</b>
§ 10. Zulässigkeit und Grenzen von Arbeitskämpfen . . . . .	155
I. Rechtsgrundlagen . . . . .	155
1. Rechtliche und wirtschaftliche Bedeutung . . . . .	155
2. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Arbeitskampfes . . . . .	156
3. Völkerrechtliche Übereinkommen und europäisches Recht . . . . .	157
4. Einfaches Recht . . . . .	158
II. Staatliche Neutralitätspflicht . . . . .	159
III. Allgemeine Anforderungen an die Rechtmäßigkeit eines Arbeitskampfes . . . . .	160
1. Tariffähige Kampfparteien und Verbot des wilden Streiks . . . . .	160
a) Führung des Arbeitskampfes durch tariffähige Kampfparteien . . . . .	160
b) Exkurs: Verbot des Arbeitskampfes zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat . . . . .	161
2. Tarifbezogenheit . . . . .	162
a) Allgemeines . . . . .	162

b)	Identität von Kampfgegner und Forderungsadressat	162
c)	Rechtmäßigkeit der angestrebten Regelung	162
d)	Unternehmerische Entscheidungsfreiheit	163
3.	Friedenspflicht	164
a)	Funktion der Friedenspflicht und dogmatische Herleitung	164
b)	Relative Friedenspflicht	164
c)	Vertragliche Erweiterung der Friedenspflicht, insb. absolute Friedenspflicht	165
d)	Personeller Schutzbereich	166
e)	»Firmenarbeitskampf« gegen den verbandsangehörigen Arbeitgeber	167
4.	Streik als ultima ratio	167
a)	Allgemeines, Bekanntgabe des Kampfbeschlusses an den Gegner	167
b)	Urabstimmung	168
5.	Verhandlungsparität	168
6.	Freie Wahl der Kampfmittel	169
7.	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz nach deutschem Recht	170
a)	Anknüpfungspunkt	170
b)	Keine Kontrolle der erhobenen Forderung	170
c)	Verhältnismäßigkeit des eingesetzten Kampfmittels	170
d)	Gemeinwohlbindung?	171
8.	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz nach europäischem Recht (EuGH-Urteile Viking und Laval)	171
IV.	Der »klassische« Streik	174
1.	Formen der »klassischen« Arbeitsniederlegung	174
2.	Beteiligte Arbeitnehmer und Streikbetroffene	174
V.	Besondere Formen und Ziele des arbeitnehmerseitigen Arbeitskampfes	175
1.	Warnstreik	175
2.	Streik um Tarifsozialpläne und Standortsicherungsstarifverträge	177
3.	Spartenarbeitskampf (einschließlich: Streik für nur schuldrechtlich wirkende Tarifabreden)	179
4.	Unterstützungsarbeitskampf	181
5.	Aktivitäten auf dem Betriebsgelände des Arbeitgebers, Nutzung betrieblicher Kommunikationsmittel und aktiv produktionsbehindernde Maßnahmen	184
a)	Allgemeines zur Inanspruchnahme des Betriebs zu Streikzwecken	184
b)	Streikwerbung auf dem Firmenparkplatz	185
c)	Zugriff auf datentechnische Informationssysteme des Arbeitgebers, Nutzung betrieblicher Kommunikationssysteme	186
d)	Flashmob	186
e)	Betriebsblockade und -besetzung, Bildung von Streikgassen	188
6.	Boycott	189
7.	Go slow, go sick	189
8.	Kollektive Ausübung von Individualrechten	190
9.	Politischer Streik	192
10.	Streikverbot für Beamte	192
11.	Arbeitskämpfe gegen kirchliche Arbeitgeber	194
VI.	Reaktionsmöglichkeiten der Arbeitgeberseite	195
1.	Arbeitskampfverhalten der Arbeitgeberseite im Wandel	195
2.	Aussperrung	196
3.	Versetzungen, Anordnung von Überstunden, Streikbruchprämien	198
4.	Streikeinsatz von Aushilfen, Leiharbeitnehmern und Beamten	199
5.	Stilllegungsbefugnis des Arbeitgebers	201

VII. Die Durchführung des Arbeitskampfes	203
1. Fairnessgebot, Zugang zum bestreikten Betrieb	203
2. Arbeitskämpfe in der Daseinsvorsorge	203
3. Abschluss und Durchführung von Vereinbarungen über Erhaltungs- und Notstandsarbeiten	206
4. Betriebliche Mitbestimmung	207
VIII. Schlichtung	208
§ 11. Die Rechtsfolgen des Arbeitskampfes	210
I. Rechtsfolgen rechtmäßiger Arbeitskämpfe	210
1. Suspendierende Wirkung von Streik und Aussperrung	210
2. Entgeltansprüche kampfbeteiligter Arbeitnehmer	211
a) Arbeitsentgelt und Gratifikationen	211
b) Entgeltersatzansprüche	211
c) Urlaub	212
3. Entgeltansprüche nicht kampfbeteiligter Arbeitnehmer im bestreikten Betrieb	212
4. Fernwirkungen des Arbeitskampfes	213
5. Streikunterstützung durch Gewerkschaften	214
6. Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld	214
II. Rechtsfolgen rechtswidriger Arbeitskämpfe bzw. einzelner rechtswidriger Arbeitskampfmaßnahmen	216
1. Vorbemerkung: Rechtswidrige Arbeitskämpfe und Kampfmaßnahmen von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite	216
2. Ansprüche betroffener Arbeitgeber (Arbeitnehmer) gegen die gegnerische Tarifvertragspartei	217
3. Ansprüche zwischen den Tarifvertragsparteien	218
4. Zurechnungs- und Verschuldensfragen, Rechtswidrigkeit, Schadensabwendung	218
5. Einzelarbeitsverhältnis	220
III. Prozessuales	221
IV. Rechtsfolgen von Arbeitskämpfen für Drittbetroffene	222
1. Ansprüche Drittbetroffener gegen die kampfführende Gewerkschaft	222
2. Rechtsbeziehungen zwischen dem angegriffenen Arbeitgeber und seinen Vertragspartnern	226
<b>5. Teil. Betriebsverfassungsrecht</b>	<b>229</b>
1. Kapitel. Grundlagen	229
§ 12. Betriebsverfassungsgesetz als Rechtsgrundlage	229
I. Überblick	229
II. Geltungsbereich des BetrVG	229
1. Anwendungsbereich im Allgemeinen	229
2. Territorialer Anwendungsbereich der Betriebsverfassung	229
3. Bereichsausnahmen	230
a) Öffentlicher Dienst	230
b) Religionsgemeinschaften, insbesondere Kirchen	230
c) Luftfahrtunternehmen	232
III. Modifizierte und eingeschränkte Geltung des BetrVG	232
1. Seeschifffahrt	232
2. Bahn und Post	232
3. Tendenzbetriebe	233

§ 13. Betrieb, Unternehmen und Konzern als Organisationseinheiten der betriebsverfassungsrechtlichen Mitbestimmung	233
I. Betrieb als organisatorische Grundeinheit der Betriebsverfassung	233
II. Unternehmen	235
III. Betriebsteil und Kleinbetrieb	235
1. Betriebsteil als betriebsratsfähige Organisationseinheit	235
2. Teilnahme an der Betriebsratswahl im Hauptbetrieb	237
a) Ausübung eines Optionsrechts	237
b) Auswirkungen auf die Betriebsverfassung	237
3. Zuordnung von nicht betriebsratsfähigen Kleinbetrieben	237
IV. Gemeinsamer Betrieb mehrerer Unternehmen	238
1. Ausgangslage	238
2. Gemeinsamer Betrieb mehrerer Unternehmen als betriebsratsfähige Einheit	238
3. Vermutung eines gemeinsamen Betriebs	239
4. Der gemeinsame Betrieb in der Betriebsverfassung	240
V. Konzern als Organisationseinheit der Betriebsverfassung	240
1. Betriebsverfassungsrechtlicher Konzernbegriff	240
2. Konzern im Konzern	241
3. Gemeinschaftsunternehmen (Mehrmütterherrschaft)	241
VI. Arbeitsgerichtliche Klärung	242
§ 14. Betriebsunabhängige und zusätzliche Arbeitnehmervertretungen	242
I. Gestaltungsmöglichkeiten durch Tarifvertrag	243
1. Betriebsersetzung durch Tarifvertrag	243
a) Betriebsübergreifender Repräsentationsbereich für die Bildung eines Betriebsrats im Unternehmen	243
b) Bildung von Spartenbetriebsräten	243
c) Schaffung anderer Arbeitnehmervertretungsstrukturen	244
2. Zusätzliche betriebsverfassungsrechtliche Vertretungen	245
a) Arbeitsgemeinschaften zur unternehmensübergreifenden Zusammenarbeit von Arbeitnehmervertretungen	245
b) Zusätzliche Vertretungen der Arbeitnehmer	245
II. Tarifvertrag als Rechtsgrundlage für die vom Gesetz abweichende Gestaltungsmöglichkeit	246
1. Parteien des Tarifvertrags	246
2. Rechtswirkungen der Tarifvertragsregelung	247
a) Ersetzung des gesetzlich vorgesehenen Mitbestimmungsorgans	247
b) Rechtslage bei zusätzlichen betriebsverfassungsrechtlichen Gremien (Arbeitsgemeinschaften) und zusätzlichen betriebsverfassungsrechtlichen Vertretungen der Arbeitnehmer	248
III. Regelung durch Betriebsvereinbarung	248
1. Begrenzte Regelungsbefugnis	248
2. Regelungszuständigkeit zum Abschluss einer Betriebsvereinbarung	248
IV. Bildung eines unternehmenseinheitlichen Betriebsrats durch Beschluss der Arbeitnehmer	249
V. Arbeitsgerichtliche Rechtskontrolle	249
VI. Beschränkung der Betriebsersetzung auf die Betriebsverfassung	250
§ 15. Arbeitnehmerbegriff, Abgrenzung der Belegschaft	250
I. Betriebsverfassungsrechtlicher Arbeitnehmerbegriff	250
1. Rückgriff auf den allgemeinen Arbeitnehmerbegriff	250
2. Modifikation für die zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten und Einbeziehung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst	251



3. Konkretisierung des betriebsverfassungsrechtlichen Arbeitnehmerbegriffs durch die Ausklammerung des in § 5 Abs. 2 BetrVG genannten Personenkreises	251
4. »In der Regel« beschäftigte Arbeitnehmer (Schwellenwerte des BetrVG)	251
II. Einzelfragen	252
1. Arbeitnehmer im Außeneinsatz oder Homeoffice	252
2. Leiharbeiter	252
3. Fremdarbeiter	254
4. Arbeitnehmerähnliche Personen	255
5. Digitaler Wandel, Matrix-Strukturen	255
§ 16. Begriff und Sonderstellung der leitenden Angestellten in der Betriebsverfassung	256
I. Begriff und Abgrenzung der leitenden Angestellten in der Betriebsverfassung	256
1. Legaldefinition durch Aufzählung von Tatbestandsgruppen	256
2. »Auslegungsregeln« in § 5 Abs. 4 BetrVG	257
II. Sonderstellung in der Betriebsverfassung	257
1. Nichtanwendung des BetrVG	257
2. Schaffung einer institutionalisierten Vertretung durch das Gesetz über Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten	257
2. Kapitel. Organisation der Betriebsverfassung	258
1. Titel. Betriebsrat	258
§ 17. Zusammensetzung und Wahl des Betriebsrats	258
I. Größe und Zusammensetzung des Betriebsrats	258
1. Größe	258
2. Zusammensetzung nach Geschlechtern	258
II. Wahlberechtigung und Wählbarkeit	259
1. Wahlberechtigung	259
2. Wählbarkeit	259
III. Zeitpunkt der Betriebsratswahlen	260
IV. Die Wahl des Betriebsrats	260
1. Grundsatz der geheimen und unmittelbaren Wahl	260
2. Wahlverfahren	260
a) Grundsatz	260
b) Verhältniswahl	260
c) Mehrheitswahl	262
3. Vorschlagsrecht	262
4. Wahlvorstand	263
5. Vereinfachtes Wahlverfahren in Kleinbetrieben	264
a) Bislang betriebsratsloser Betrieb	264
b) Betriebe mit Betriebsrat	265
V. Anfechtung und Nichtigkeit der Betriebsratswahl	266
1. Voraussetzungen der Anfechtbarkeit	266
2. Wahlanfechtungsverfahren	266
3. Wirkung der Anfechtung	267
4. Nichtigkeit einer Betriebsratswahl	267
VI. Rechtsschutz während des Wahlverfahrens	268
§ 18. Amtsbeginn und Amtsende des Betriebsrats und seiner Mitglieder	268
I. Amtszeit des Betriebsrats	268
1. Regelmäßige Amtszeit	268
2. Ablauf einer verkürzten oder verlängerten Amtszeit	268

3. Übergangsmandat und Restmandat des Betriebsrats . . . . .	269
II. Amtszeit der Betriebsratsmitglieder . . . . .	270
III. Pflichtverletzung als Grund vorzeitiger Amtsbeendigung . . . . .	271
1. Amtsenthebung eines Betriebsratsmitglieds . . . . .	271
2. Auflösung des Betriebsrats . . . . .	271
§ 19. Organisation des Betriebsrats . . . . .	272
I. Betriebsratsvorsitzender und Stellvertreter . . . . .	272
1. Wahl . . . . .	272
2. Rechtsstellung . . . . .	272
II. Betriebsausschuss und weitere Ausschüsse des Betriebsrats . . . . .	272
1. Bildung eines Betriebsausschusses . . . . .	272
2. Rechtsstellung des Betriebsausschusses . . . . .	273
3. Bildung weiterer Ausschüsse . . . . .	273
III. Übertragung von Betriebsratsaufgaben auf Arbeitsgruppen . . . . .	274
1. Arbeitsgruppe als betriebsverfassungsrechtlicher Repräsentationsbereich . . . . .	274
2. Rechtsstellung der Arbeitsgruppe . . . . .	275
IV. Nichtigkeit oder Anfechtung der betriebsratsinternen Wahlen . . . . .	275
§ 20. Geschäftsführung des Betriebsrats . . . . .	276
I. Konstituierung . . . . .	276
II. Betriebsratssitzungen . . . . .	276
1. Allgemeines . . . . .	276
2. Telefonkonferenzen, Online-Sitzungen, hybride Teilnahme . . . . .	276
III. Beschlüsse des Betriebsrats . . . . .	277
1. Beschlussfassung . . . . .	277
2. Einspruchsrecht . . . . .	278
3. Fehlerhaftigkeit eines Betriebsratsbeschlusses . . . . .	278
IV. Sprechstunden . . . . .	279
V. Rechts- und Vermögensfähigkeit, Haftung, Kosten und Sachaufwand der Betriebsratstätigkeit . . . . .	279
1. Rechts- und Vermögensfähigkeit des Betriebsrats, Vertragsschlüsse durch den Betriebsrat, Haftung . . . . .	279
2. Haftung des Betriebsrats . . . . .	280
3. Kosten der Betriebsratstätigkeit . . . . .	281
4. Sachaufwand . . . . .	282
§ 21. Rechtsstellung der Betriebsratsmitglieder . . . . .	282
I. Betriebsratsamt als unentgeltliches Ehrenamt . . . . .	282
II. Betriebsratsamt und Arbeitspflicht . . . . .	282
1. Versäumnis von Arbeitszeit zur Erfüllung von Betriebsratsaufgaben . . . . .	282
2. Freizeitausgleich . . . . .	283
III. Freistellungen . . . . .	283
1. Zahl und Art der Freistellungen . . . . .	284
2. Freistellungsverfahren . . . . .	284
3. Streitigkeiten . . . . .	284
IV. Arbeitsentgelt, vergütungsrechtliches Begünstigungsverbot und Tätigkeitsgarantie . . . . .	285
V. Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen . . . . .	287
1. Abgrenzung nach dem Schulungsinhalt . . . . .	287
2. Fortzahlung des Arbeitsentgelts und Kostenerstattung . . . . .	288
VI. Besonderer Kündigungsschutz . . . . .	289
1. Kündigungsschutz im Rahmen der Betriebsverfassung . . . . .	289

2. Beginn und Ende des besonderen Kündigungsschutzes	290
3. Inhalt des besonderen Kündigungsschutzes	290
4. Schutz Auszubildender	291
VII. Versetzungsschutz	292
2. Titel. Gesamtbetriebsrat, Konzernbetriebsrat und europäischer Betriebsrat	293
§ 22. Gesamtbetriebsrat	293
I. Errichtung	293
II. Organisation und Geschäftsführung	294
III. Zuständigkeit des Gesamtbetriebsrats	294
1. Originäre Zuständigkeit	294
2. Zuständigkeit auf Grund einer Delegation des Einzelbetriebsrats	295
3. Zuständigkeit für betriebsratslose Betriebe	295
§ 23. Konzernbetriebsrat	295
I. Voraussetzungen	295
II. Errichtung	296
III. Organisation und Geschäftsführung	297
IV. Zuständigkeit	297
§ 24. Europäischer Betriebsrat	298
3. Titel. Betriebsversammlung und weitere Einrichtungen der Betriebsverfassung	299
§ 25. Betriebsversammlung und Betriebsräteversammlung	299
I. Rechtsstellung der Betriebsversammlung	299
II. Formen der Betriebsversammlung	299
1. Ordentliche und außerordentliche Betriebsversammlungen	299
2. Versammlungsarten	299
III. Zeitpunkt und Vergütung	300
1. Ordentliche und ihnen gleichgestellte außerordentliche Betriebsversammlungen	300
2. Sonstige außerordentliche Betriebsversammlungen	300
IV. Themen und Nichtöffentlichkeit einer Betriebsversammlung	300
1. Themen	300
2. Nichtöffentlichkeit	301
V. Betriebsräteversammlung	301
§ 26. Zusätzliche betriebsverfassungsrechtliche Vertretungen	302
I. Überblick	302
II. Jugend- und Auszubildendenvertretung	302
1. Organisation und Aufbau	302
2. Bildung und Kompetenz der betrieblichen Jugend- und Auszubildendenvertretung	302
a) Bildung und Größe	302
b) Wahl	303
c) Organisation und Geschäftsführung	303
d) Verhältnis zum Betriebsrat	304
3. Betriebliche Jugend- und Auszubildendenversammlung	304
4. Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung	304
5. Konzern-Jugend- und Auszubildendenvertretung	305
III. Schwerbehindertenvertretung	305
1. Wahl und Amtszeit der Schwerbehindertenvertretung	305
2. Persönliche Rechte und Pflichten der Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen	306
3. Aufgaben und Befugnisse der Schwerbehindertenvertretung	306

4. Gesamtschwerbehindertenvertretung bei Bestehen eines Gesamtbetriebsrats und Konzernschwerbehindertenvertretung bei Bestehen eines Konzernbetriebsrats .....	308
IV. Sprecherausschuss für leitende Angestellte .....	309
1. Schaffung einer institutionalisierten Vertretung durch das Gesetz über Sprecherausschüsse der leitenden Angestellten (Sprecherausschussgesetz – SprAuG) .....	309
2. Bildung und Organisation der Sprecherausschüsse .....	309
3. Wahl und Amtszeit der Sprecherausschüsse .....	310
4. Mitwirkung des Sprecherausschusses der leitenden Angestellten .....	310
5. Sprecherausschussvereinbarungen .....	311
6. Sprecherausschuss und Betriebsrat .....	311
3. Kapitel. Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Betriebsverfassung ..	313
1. Titel. Grundsätze und Rechtsformen der Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat .....	313
§ 27. Struktur der Mitbestimmung in der Betriebsverfassung .....	313
I. Verbot des Arbeitskampfs .....	313
II. Zusammenwirken mit Gewerkschaften .....	313
III. Gebot der vertrauensvollen Zusammenarbeit .....	314
IV. Aufgaben und Unterrichtung des Betriebsrats .....	314
1. Allgemeine Aufgaben .....	314
2. Informationsrecht des Betriebsrats .....	315
V. Gegenstand und Formen der Beteiligung des Betriebsrats .....	318
1. Gesetzessystematische Gestaltung .....	318
2. Formen der Beteiligung .....	318
3. Regelungszuständigkeit des Betriebsrats .....	319
VI. Betriebsverfassungsrechtliche Mitbestimmungsordnung und Zivilrechtssystem .....	319
1. Rechtsstellung des Betriebsrats gegenüber der Belegschaft .....	319
2. Rechtsfolgen einer unterbliebenen Mitbestimmung im Einzelarbeitsverhältnis .....	320
VII. Rechtsschutz gegen Pflichtverletzungen in der Betriebsverfassung .....	321
1. Verfahren nach § 23 Abs. 3 BetrVG .....	321
2. Allgemeine und weitere betriebsverfassungsrechtliche Unterlassungsansprüche .....	322
§ 28. Mitwirkungs- und Beschwerderecht des Arbeitnehmers .....	324
I. Informations- und Erörterungsrechte des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber .....	324
II. Beschwerdeverfahren .....	325
III. Themenvorschlagsrecht des Arbeitnehmers gegenüber dem Betriebsrat ..	325
§ 29. Rechtsetzung durch die Betriebspartner; Betriebsvereinbarungen .....	326
I. Grundsätze für die Behandlung der Betriebsangehörigen, Gesetzesbindung der Betriebspartner .....	326
II. Die Betriebsvereinbarung .....	328
1. Begriff und rechtlicher Charakter .....	328
2. Abschluss einer Betriebsvereinbarung .....	328
3. Gegenstand von Betriebsvereinbarungen .....	328
III. Rechtswirkungen der Betriebsvereinbarung .....	329
1. Unmittelbare und zwingende Geltung .....	329
2. Ende und Nachwirkung der Betriebsvereinbarung .....	331

IV. Der Tarifvorbehalt des § 77 Abs. 3 BetrVG	332
V. Formlose Betriebsabsprachen	334
§ 30. Einigungsstelle und verbindliches Einigungsverfahren	335
I. Die Einigungsstelle als betriebsverfassungsrechtliche Einrichtung	335
II. Errichtung und Organisation der Einigungsstelle	336
1. Bildung bei Bedarf	336
2. Zusammensetzung	336
3. Verfahren zur Bildung (Bestellungsverfahren)	336
III. Verfahren vor der Einigungsstelle	336
IV. Rechtswirkungen der Einigungssprüche	337
V. Arbeitsgerichtliche Überprüfung der Einigungsstelle	337
VI. Kosten der Einigungsstelle	338
2. Titel. Beteiligung des Betriebsrats in sozialen Angelegenheiten	339
§ 31. Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten	339
I. Zweck und historische Kontinuität	339
II. Gesetzes- und Tarifvorbehalt	339
III. Kollektiver Tatbestand	341
IV. Katalog der mitbestimmungspflichtigen Angelegenheiten (§ 87 Abs. 1 BetrVG)	342
1. Fragen der Ordnung des Betriebs und des Verhaltens der Arbeitnehmer im Betrieb (Nr. 1)	342
2. Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit einschließlich der Pausen sowie Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage (Nr. 2)	343
3. Vorübergehende Verkürzung oder Verlängerung der betriebsüblichen Arbeitszeit (Nr. 3)	344
4. Zeit, Ort und Art der Auszahlung der Arbeitsentgelte (Nr. 4)	345
5. Aufstellung allgemeiner Urlaubsgrundsätze und des Urlaubsplans sowie die Festsetzung der zeitlichen Lage des Urlaubs für einzelne Arbeitnehmer, wenn zwischen dem Arbeitgeber und den beteiligten Arbeitnehmern kein Einverständnis erzielt wird (Nr. 5)	345
6. Einführung und Anwendung von technischen Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, das Verhalten oder die Leistung der Arbeitnehmer zu überwachen (Nr. 6)	346
7. Regelung über die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie über den Gesundheitsschutz im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften oder der Unfallverhütungsvorschriften (Nr. 7)	348
8. Form, Ausgestaltung und Verwaltung von Sozialeinrichtungen, deren Wirkungsbereich auf den Betrieb, das Unternehmen oder den Konzern beschränkt ist (Nr. 8)	349
9. Zuweisung und Kündigung von Wohnräumen, die den Arbeitnehmern mit Rücksicht auf das Bestehen eines Arbeitsverhältnisses vermietet werden, sowie die allgemeine Festlegung der Nutzungsbedingungen (Nr. 9)	350
10. Fragen der betrieblichen Lohngestaltung, insbesondere die Aufstellung von Entlohnungsgrundsätzen und die Einführung und Anwendung von neuen Entlohnungsmethoden sowie deren Änderung (Nr. 10)	351
11. Festsetzung der Akkord- und Prämiensätze und vergleichbarer leistungsbezogener Entgelte einschließlich der Geldfaktoren (Nr. 11)	354
12. Grundsätze über das betriebliche Vorschlagswesen (Nr. 12)	355
13. Grundsätze über die Durchführung von Gruppenarbeit (Nr. 13)	355
14. Ausgestaltung von mobiler Arbeit, die mittels Informations- und Kommunikationstechnik erbracht wird (Nr. 14)	356

V. Inhalt und Reichweite der Mitbestimmung . . . . .	357
§ 32. Beteiligung des Betriebsrats beim betrieblichen Arbeits- und Umweltschutz . . . . .	358
I. Beteiligung des Betriebsrats bei der Durchführung des Arbeitsschutzes und des betrieblichen Umweltschutzes . . . . .	358
II. Gestaltung von Arbeitsplatz, Arbeitsablauf und Arbeitsumgebung . . . . .	359
3. Titel. Mitbestimmung in personellen Angelegenheiten . . . . .	360
§ 33. Beteiligung des Betriebsrats bei Personalplanung, Personalauswahl und Berufsbildung . . . . .	360
I. Personalplanung und Personalauswahl . . . . .	360
1. Beteiligung des Betriebsrats bei der Personalplanung . . . . .	360
2. Mitbestimmungsrechte bei der Personalauswahl . . . . .	360
a) Interne Stellenausschreibung . . . . .	360
b) Persönliche Angaben, Beurteilungsgrundsätze . . . . .	361
c) Auswahlrichtlinien . . . . .	361
II. Vorschlagsrecht des Betriebsrats zur Beschäftigungssicherung . . . . .	362
III. Beteiligung des Betriebsrats bei der Berufsbildung . . . . .	362
§ 34. Mitbestimmung bei Einstellungen und Versetzungen . . . . .	363
I. Mitbestimmung in Unternehmen mit in der Regel mehr als zwanzig wahlberechtigten Arbeitnehmern . . . . .	363
II. Einstellung und Versetzung als Mitbestimmungstatbestände . . . . .	363
1. Einstellung . . . . .	363
2. Versetzung . . . . .	364
a) Legaldefinition . . . . .	364
b) Elemente des Versetzungsbegriffs . . . . .	365
c) Verhältnis zur Änderungskündigung . . . . .	366
III. Inhalt und Reichweite der Mitbestimmung . . . . .	366
1. Pflicht des Arbeitgebers . . . . .	366
2. Rechte des Betriebsrats . . . . .	367
IV. Mitbestimmungsverfahren . . . . .	368
1. Zustimmungsverweigerung des Betriebsrats . . . . .	368
2. Zustimmungsersetzungsverfahren . . . . .	368
3. Vorläufige Durchführung . . . . .	368
V. Rechtsfolgen einer Verletzung des Mitbestimmungsrechts . . . . .	369
§ 35. Mitbestimmung bei Eingruppierungen und Umgruppierungen . . . . .	370
I. Eingruppierung und Umgruppierung als Mitbestimmungstatbestände . . . . .	370
1. Eingruppierung . . . . .	370
2. Umgruppierung . . . . .	371
II. Mitbestimmungsverfahren . . . . .	371
III. Rechtsfolgen bei Verletzung des Mitbestimmungsrechts . . . . .	372
§ 36. Mitbestimmung bei Kündigungen . . . . .	372
I. Überblick . . . . .	372
II. Gegenstand und Voraussetzungen für die Anhörungspflicht des Arbeitgebers . . . . .	373
III. Anhörung des Betriebsrats . . . . .	374
1. Mitteilungspflicht des Arbeitgebers . . . . .	374
a) Mitteilung der Person des zu kündigenden Arbeitnehmers und der Kündigungsart . . . . .	375
b) Mitteilung der Kündigungsgründe . . . . .	375
c) Nachschieben von Gründen . . . . .	376

d) Einzelne Kündigungsgründe .....	376
e) Form und Adressat .....	378
2. Reaktionsmöglichkeiten des Betriebsrats und Ausspruch der Kündigung .	378
3. Ausspruch der Kündigung, Rechtsfolgen einer unzureichenden Beteiligung des Betriebsrats .....	379
IV. Widerspruch des Betriebsrats gegen eine ordentliche Kündigung (§ 102 Abs. 3 und 5 BetrVG) .....	380
V. Besonderheiten bei der Änderungskündigung .....	382
1. Anhörung nach § 102 BetrVG .....	382
2. Mitbestimmung nach § 99 BetrVG .....	383
3. Betriebsverfassungsrechtliche Weiterbeschäftigungspflicht des Arbeitgebers .....	383
VI. Exkurs: Entlassung oder Versetzung auf Verlangen des Betriebsrats .....	383
4. Titel. Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten .....	384
§ 37. Unterrichtung in wirtschaftlichen Angelegenheiten .....	384
I. Errichtung und Aufgaben des Wirtschaftsausschusses .....	384
1. Errichtung .....	384
2. Aufgaben .....	384
II. Unterrichtung der Belegschaft .....	385
§ 38. Beteiligung des Betriebsrats bei Betriebsänderungen .....	385
I. Beteiligungsnotwendigkeit bei Betriebsänderungen in Unternehmen mit in der Regel mehr als zwanzig wahlberechtigten Arbeitnehmern .....	385
II. Betriebsänderung als Beteiligungstatbestand .....	386
1. Begriff der Betriebsänderung .....	386
a) Keine Legaldefinition in § 111 S. 1 BetrVG .....	386
b) Betriebsbezug des Beteiligungstatbestands .....	386
2. Katalog der in § 111 S. 3 BetrVG genannten Fälle einer Betriebsänderung	386
a) Stilllegung des ganzen Betriebs (Nr. 1) .....	386
b) Einschränkung des ganzen Betriebs (Nr. 1) .....	387
c) Stilllegung oder Einschränkung von wesentlichen Betriebsteilen (Nr. 1) .....	387
d) Verlegung des ganzen Betriebs oder Verlegung von wesentlichen Betriebsteilen (Nr. 2) .....	387
e) Zusammenschluss mit anderen Betrieben und die Spaltung von Betrieben (Nr. 3) .....	388
f) Grundlegende Änderungen der Betriebsorganisation, des Betriebszwecks oder der Betriebsanlagen (Nr. 4) .....	388
g) Einführung grundlegend neuer Arbeitsmethoden und Fertigungsverfahren (Nr. 5) .....	388
3. Übertragung des Betriebs oder eines Betriebsteils .....	388
III. Unterrichtung, Interessenausgleich und das Konsultationsverfahren nach § 17 Abs. 2 KSchG .....	388
1. Unterrichtung und Beratung nach § 111 S. 1 BetrVG .....	388
2. Interessenausgleich ieS .....	389
3. Das Konsultationsverfahren nach § 17 Abs. 2 und 3 KSchG .....	391
IV. Sozialplan .....	393
1. Allgemeines .....	393
2. Inhalt des Sozialplans .....	394
3. Besonderheiten beim erzwingbaren Sozialplan .....	396
a) Erzwingbarkeit des Sozialplans .....	396
b) Inhaltliche Einschränkungen .....	396

<b>6. Teil. Besonderheiten des Personalvertretungsrechts</b> .....	399
§ 39. Grundlagen .....	399
I. Rechtsquellen .....	399
II. Organisation der Personalvertretung .....	399
III. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Gestaltung des Mitbestimmungsstatuts .....	400
§ 40. Gesetzestechnische Gestaltung der Mitbestimmungsordnung .....	402
I. Gesetzssystematik .....	402
II. Mitbestimmungsverfahren .....	402
III. Mitwirkungsverfahren .....	404
IV. Kündigung durch den Arbeitgeber .....	404
 <b>7. Teil. Recht der Unternehmensmitbestimmung</b> .....	 405
§ 41. Überblick .....	405
§ 42. Mitbestimmungsgesetz 1976 .....	405
I. Vom MitbestG 1976 erfasste Unternehmen .....	405
1. Rechtsform des Unternehmens als Abgrenzungsmerkmal .....	405
2. Beschäftigung von in der Regel mehr als 2.000 Arbeitnehmern .....	406
3. Negative Abgrenzung .....	407
4. Auslandsbezug der unternehmensbezogenen Mitbestimmung .....	407
II. Beschränkung auf Arbeitnehmer inländischer Betriebe unter Einbeziehung der leitenden Angestellten .....	407
III. Bildung und Zusammensetzung des Aufsichtsrats .....	408
1. Errichtung des Aufsichtsrats .....	408
2. Größe des Aufsichtsrats .....	408
3. Zusammensetzung des Aufsichtsrats .....	408
IV. Wahlverfahren für die Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer .....	409
1. Rechtsgrundlagen .....	409
2. Urwahl oder mittelbare Wahl .....	409
3. Gemeinsame Grundsätze des Wahlverfahrens .....	409
4. Wahl durch Delegierte .....	410
a) Wahl der Delegierten .....	410
b) Wahl der Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer .....	410
5. Urwahl .....	411
6. Amtszeit und Abberufung der Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer .....	411
a) Amtszeit .....	411
b) Abberufung .....	411
7. Wahllosigkeit und Wahlanfechtung .....	411
V. Organisation des Aufsichtsrats .....	412
1. Grundsatz .....	412
2. Vorsitz im Aufsichtsrat .....	412
3. Aufsichtsratsausschüsse .....	414
4. Beschlussfassung und Beschlussfähigkeit .....	414
VI. Organisation des gesetzlichen Vertretungsorgans .....	415
1. Grundsatz .....	415
2. Bestellung und Abberufung der Mitglieder des zur gesetzlichen Vertretung des Unternehmens befugten Organs .....	415
3. Arbeitsdirektor im Vorstand .....	417
4. Ausübung von Beteiligungsrechten in konzernverbundenen Gesellschaften .....	417



§ 43. Montan-Mitbestimmungs- und -mitbestimmungsergänzungsgesetz . . . . .	417
I. Geltungsbereich . . . . .	417
II. Aufsichtsrat . . . . .	418
III. Vorstand . . . . .	419
IV. Montan-Mitbestimmungsergänzungsgesetz . . . . .	419
§ 44. Beteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat nach dem Drittelbeteiligungsgesetz . . . . .	420
I. Geltungsbereich . . . . .	420
II. Bildung und Zusammensetzung des Aufsichtsrats . . . . .	421
1. Bildung des Aufsichtsrats . . . . .	421
2. Zusammensetzung des Aufsichtsrats und Wahl der Arbeitnehmervertreter . . . . .	421
§ 45. Mitbestimmung bei der europäischen Aktiengesellschaft und nach grenzüberschreitenden Verschmelzungen . . . . .	421
<b>8. Teil. Verfahrensrechtliche Besonderheiten bei einer betriebsverfassungsrechtlichen Streitigkeit . . . . .</b>	<b>425</b>
§ 46. Aufbau einer betriebsverfassungsrechtlichen Falllösung . . . . .	425
I. Zuständigkeit . . . . .	425
II. Verfahrensart . . . . .	425
III. Antragsberechtigung . . . . .	426
1. Doppelte Bedeutung des Begriffs des Beteiligten . . . . .	426
2. Feststellung der Antragsberechtigung . . . . .	427
3. Rechtsfolgen der Beteiligtenstellung . . . . .	427
IV. Spezifisch betriebsverfassungsrechtliche Rechtsschutzvoraussetzungen . . . . .	428
1. Spruch der Einigungsstelle in einer Mitbestimmungsangelegenheit bei einem Rechtsstreit über das Bestehen des Mitbestimmungsrechts . . . . .	428
2. Zustimmungsverweigerung des Betriebsrats als Rechtsschutzvoraussetzung . . . . .	429
a) Besonderer Kündigungsschutz im Rahmen der Betriebsverfassung . . . . .	429
b) Mitbestimmung des Betriebsrats bei Einstellung, Versetzung, Eingruppierung und Umgruppierung von Arbeitnehmern . . . . .	430
V. Rechtsschutzinteresse . . . . .	430
<b>Sachverzeichnis . . . . .</b>	<b>433</b>